

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Ameise“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brabestr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber sein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postfachkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Ordentliche Generalversammlung.

Gemäß § 34 des Verbandsstatuts wird hiermit die ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen einberufen für

Sonntag, den 20. September 1925, und folgende Tage nach Magdeburg.

Tagungsort: „Wilhelma“ in Magdeburg-Neustadt.

Die vorläufige Tagesordnung der Generalversammlung ist folgende:

1. Erledigung der vorbereitenden Geschäfte (Wahl des Präsidiums, endgültige Festsetzung der Tagesordnung und der Geschäftsordnung).
2. Rechenschaftsberichte:
 - a) des Vorstandes und der Gauleiter; b) der Revisoren; c) des Redakteurs; d) der Beschwerdekommision.
3. Bericht über den Gewerkschaftskongress.
4. Unser Tarifwesen.
5. Beratung der Anträge zum Verbandsstatut und der besonderen Anträge.
6. Wahl des Verbandsvorortes, der Verbandsfunktionäre, des Verbandsbeirates und des Ortes für den Sitz der Beschwerdekommision.

Anträge zur Generalversammlung sind, mit kurzer Begründung und mindestens einer Namensunterschrift und Zahlstellenstempel versehen, bis spätestens **8. August** an den Verbandschriftführer **A. Karl** einzusenden. Die Antragsniederschriften dürfen sonstige geschäftliche Mitteilungen auf demselben Blatt nicht enthalten, auch darf das Papier nur einseitig beschrieben werden.

Die Anträge aus den Zahlstellen werden in Nr. 34 der „Ameise“ vom 22. August gemeinsam veröffentlicht. Anträge, die vorher zur Diskussion gestellt werden sollen, müssen zu diesem Zweck der Redaktion der „Ameise“ besonders zugestellt werden. Anträge, die nach dem 8. August beim Verbandschriftführer eingehen, desgl. solche, die zwar in der „Ameise“ zur Diskussion gestellt, nicht aber auch dem Verbandschriftführer besonders zugestellt werden, können nicht berücksichtigt werden. Es darf also in keinem Falle damit gerechnet werden, daß die Redaktion der „Ameise“ die bei ihr eingehenden Anträge dem Vorstand oder der Vorstand die bei dem Verbandschriftführer eingehenden Anträge der Redaktion im Original oder abschriftlich überweisen könnte. Für die nur beim Verbandschriftführer eingehenden Anträge kommt dann eben nur die gemeinsame Veröffentlichung in Nr. 34 der „Ameise“ in Betracht.

Die Veröffentlichung der Wahlgruppen für die Delegiertenwahlen wird in Nr. 27 der „Ameise“ vom 4. Juli erfolgen.

Der Verbandsvorstand.

G. Wollmann, Vorsitzender.

A. Karl, Schriftführer.

W. Herden, Kassierer.

12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

(Zweiter Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.)

Der Vorstand des ADGB hat den Gewerkschaftskongress auf **Montag, den 31. August 1925, nach Breslau**, Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17, einberufen. Die Tagesordnung sowie die Bestimmungen über die Vertretung der einzelnen Gewerkschaften und das Recht der Antragstellung sind bereits in Nr. 22 der „Ameise“ vom 30. Mai unter „Gewerkschaftliches“ veröffentlicht worden.

Unserem Verbands steht auf Grund seiner Mitgliederzahl das Recht auf Delegation von vier Vertretern zu. Unsere letzte Generalversammlung beschloß, daß für den Gewerkschaftskongress der Verbandsvorsitzende und der Redakteur der „Ameise“ ohne weiteres als Delegierte zu gelten haben, und daß die uns außerdem noch zustehenden Delegierten von den Mitgliedern des Verbandes zu wählen seien. Die Verbandsmitglieder haben demnach zwei Delegierte zu wählen.

Die Aufstellung der Kandidaten und Wahl der Delegierten erfolgt nicht nach besonderen Bezirken, sondern für das ganze Verbandsgebiet als einem einzigen Wahlbezirk.

Jede Zahlstelle hat das Recht, zwei Kandidaten vorzuschlagen. Um eine allzu große Anzahl von Kandidaturen, insbesondere auch solcher von Verbandsangestellten, zu vermeiden und auch die Zahl der zur endgültigen Entscheidung nötigen Wahlgänge möglichst zu beschränken, bringt der Vorstand schon jetzt die Kollegen **Kurt Griesbach**, **Dresden**, Gauleiter für Schlesien und Sachsen, und **Emil Hoffmann**, **Altenau**, Gauleiter für Thüringen, für die Kandidatenliste in Vorschlag. Zahlstellen, die diesem Vorschlag bezüglich eines oder beider Vorschlagsnamen zustimmen, mögen einen diesbezüglichen Vorschlag als den ihrigen einreichen.

Die Zahlstellen müssen ihre Vorschläge so rechtzeitig an die Adresse des Verbandsvorsitzenden **Wollmann** einreichen, daß sie spätestens am 1. Juli bei ihm eingehen. Später eingehende Vor-

schläge und solche, die mehr als zwei Kandidaten enthalten, sind unzulässig.

Die Vorschläge dürfen nicht in Briefe anderen Inhalts hineingeschrieben werden, sondern müssen auf besonderem Blatt erfolgen und Mitgliedsnummer, Vor- und Zunamen und Beruf der Kandidaten angeben und mit dem Stempel der Zahlstelle und mindestens einer Namensunterschrift der Zahlstellenverwaltung versehen sein.

Die beim Verbandsvorsitzenden eingehenden Anträge werden von diesem an einer Kandidatenliste zusammengestellt und diese Kandidatenliste wird dann mit näheren Angaben über den Wahlvorgang spätestens am 6. Juli in Händen aller Zahlstellenverwaltungen sein.

Da die Wahlen selbst bis 17. Juli vollzogen sein müssen, wollen die Zahlstellenverwaltungen zeitig genug vorher die Termine für die Wahlversammlungen vorsehen. **Der Verbandsvorstand.**

Extrabeiträge im zweiten Quartal.

In einem Rundschreiben an die Zahlstellenverwaltungen vom 18. Mai d. J. hat der Verbandsvorstand angeordnet, daß von jedem Verbandsmitglied zwei Extrabeiträge in der Höhe von je einem wöchentlichen Verbandsbeitrag, zusammen also von zwei Wochenbeiträgen erhoben werden sollen. Begründet wurden die Extrabeiträge damit, daß rund 100.000 Mitglieder der dänischen Gewerkschaften ausgesperrt waren und unter ihnen auch fast sämtliche Mitglieder des dänischen Porzellanarbeiterverbandes (von 1430 Mitgliedern waren 1330 ausgesperrt). Ferner wurde dargelegt, daß unser Verband einen größeren Geldbetrag dem ADGB als Unterstützung für die allgemeine dänische Aussperrung überwiesen und auch einen besonderen Betrag an unsere dänische Berufsorganisation vorläufig abgesetzt hatte, daß aber die Verbandskasse die für solche außerordentlichen Fälle erforderlichen Beträge nicht entbehren kann, weil dieselben zur Führung eigener Kassen bestimmt sind. Der eigene Kampffonds soll und darf durch Vergabe von Mitteln zur Unterstützung der ausgesperrten dänischen Kollegen nicht geschwächt werden. Weiter wurde gesagt, daß diese Extrabeiträge Zwangsbeiträge sind, mit alleiniger Ausnahme der Vollqualifizierten von allen Mitgliedern bedingt mit den laufenden Beiträgen bezahlt werden müssen und nur den zurzeit völlig Erwerbslosen spätere Bezahlung, die aber in jedem Falle bis zum Ablauf des zweiten Quartals erfolgt sein muß, gestattet werden könne. Die Quittierung der Extrabeiträge müsse durch Abgabe bzw. Einkleben ebensolcher Beitragsmarken erfolgen, wie sie für die ordentlichen Beiträge gelten. Schließlich wurde betont, daß die Extrabeiträge

der Hauptkasse voll aufzulegen müssen, daß also Procente für die Zahlstellen- und Unterkassierer und Zahlstellenfonds nicht abgezogen werden dürfen; die Hilfskassen müsse freiwilligen unbezahlten Dienst von allen fordern.

Dem Verbandsvorstand ist nun gemeldet worden, daß in einigen Zahlstellen die Unterkassierer nicht selten Schwierigkeiten bei der Einhebung der Extrabeiträge begegnen. Einmal wird ihnen gesagt, daß der Verbandsvorstand kein Recht habe, solche Extrabeiträge selbstwillig anzunehmen und in anderen Fällen wird die Höhe der Extrabeiträge montiert. Wir verweisen demgegenüber auf das Statut. § 12 legt den Mitgliedern die Verpflichtung auf, statutengemäß beschlossene Extrabeiträge pünktlich zu entrichten. Im § 31, Ziffer 7 heißt es: „In Fällen besonderer Dringlichkeit kann er (der Vorstand) die Erhebung von Extraleistungen für die Dauer von längstens 13 Wochen anordnen und ist der Vorstandsbeschluss für die Mitglieder verpflichtend.“ Der Verbandsvorstand kann sich also sehr wohl auf das Statut stützen. Und daß der dänische Großkampf einen Fall besonderer Dringlichkeit darstellt, wird wohl kein Mitglied bestreiten wollen. Daß ein für alle Mitglieder gleichmäßiger Extrabeitrag bei der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit bzw. Verdiensthöhe der Jugendlichen und Erwachsenen bzw. der männlichen und weiblichen Mitglieder nicht durchführbar ist, dürfte einleuchtend sein, und daß mit gewissen Ausfällen bei Extrabeiträgen genau so wie bei ordentlichen Beiträgen zu rechnen ist, die sich alle Vierteljahre bei den Streichungen wegen Beitragsresten ergeben, ist bekannt. Nicht bekannt ist dem Vorstand die

Höhe des Durchschnittsbeitrages, der zurzeit von der Gesamtheit der Mitglieder geleistet wird. Dagegen steht nach den Feststellungen der früheren Quartale fest, daß die Beiträge durchschnittlich noch weit unter der Höhe des Pflichtbeitrages gezahlt werden. Unter diesen Umständen des Kleinigkeitsbarzulegen, ob und wieviel die Extrabeiträge genau sich decken mit dem, was die Verbandskasse für die dänischen Aussperrten gegeben hat oder ob sich einige Pfennige mehr oder weniger ergeben, kann man deshalb dem Vorstand wohl nicht zumuten, um so weniger, als immer wieder außerordentliche Anforderungen an die Verbandskasse herantreten, zu deren Deckung nicht jedes Mal Extrabeiträge erhoben werden können.

Angeichts der Ursache zu den Extrabeiträgen ist es einigermaßen peinlich, widerstrebende Mitglieder an dieser Stelle öffentlich zur Erfüllung ihrer Pflicht zu ermahnen. Wie peinlich uns das sein muß, werden sie vielleicht doch verstehen, wenn wir nun noch bekennen müssen, daß das, was die dänischen Berufsorganisation uns in der schwersten Bedrängnis der Inflationszeit gegeben haben, pro Mitglied ihrer Organisation viel mehr war, als wir jetzt durchschnittlich pro Mitglied unseres Verbandes für sie hergeben.

Nach alledem darf und muß deshalb unabweislich gelten: Diese Extrabeiträge sind Zwangsbeiträge, Verweigerung derselben bedeutet Verlust der Mitgliedschaft. Mit Ablauf des Quartals müssen sie von allen Mitgliedern beglichen sein.

Der Verbandsvorstand.

Die geknickte Stinnesmacht.

Lange Zeit schien es, als sollte die Stabilisierungskrise am Stinneskonzern spurlos vorüber gehen. Wo rechts und links schon alles zerbrach, wo hier und dort selbst große Konzerne zusammenbrachen, litten die Stinneserben noch immer am Ausbeutungsfieber, wühlten die Vermehrung flüssiger Mittel das allein Richtige gewesen wäre. Doch das Unglück schreitet schnell; noch ehe man daran gedacht, freiste der Pleitegeier selbst über dem Stinneskonzern. Damit wird plötzlich eine Frage von größter Bedeutung aktuell.

Dah es sich hier um einen ganz Großen handelte, sah man schon an der Inszenierung der ganzen Sanierungstätigkeit. Warmat, der nichts anderes gemacht hatte, d. h. Geld auf Wechsel der Staatsbank entnommen, flog ins Gefängnis. Allerdings bestand ein kleiner Unterschied: Stinnes hat Gelder in riesigen Summen entliehen und diese, da sie entwertet zurückgezahlt, geschenkt erhalten, während Warmat nur ein paar sumptuöse Millionen erhielt, die allerdings in Goldmark fakturiert und als solche zurückgezahlt werden mußten. Bei Stinnes rückte der ganze Troß der Plutokratie zur Hilfeleistung heran, bei Warmat zog die Polizei mit Schießwaffen und Lastkraftwagen aus, um ihn festzunehmen. Die Sitzung der Kommandeure des Finanzkapitals, die in der Reichsbank anlässlich der Stützungsaktion stattfand, leitete sogar der Reichsbankpräsident Schacht in eigener Person. Es ist doch ein Unterschied, ob jemand im Gericht steht, Sozialdemokrat zu sein, wie Warmat, oder ob es sich um einen Nationalheros, wie Stinnes, handelt. So wird in Deutschland Licht und Schatten verteilt, je nach der Einstellung der betreffenden Person.

Die Konzerne um Stinnes sind für den Außenstehenden ein fast unüberschaubares Gemisch aller möglichen Industrien, Handelsunternehmungen usw. Der Aufbau nach dem Prinzip der vertikalen Produktion, also die Aufeinanderfolge zahlreicher Produktionsstufen vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat innerhalb eines geschlossenen Ganzen, ist nur bei der Siemens-Rheinische-Schuckert-Union durchgeführt. Dieser Elektromotorkonzern war aber bereits nach dem Tode Stinnes den Erben mehr oder weniger entglitten. Albert Böger, der schon zu Lebzeiten Stinnes bei der Rheinische-Union tätig war, übernahm hier die Leitung der Montangruppe im Konzern der Siemens-Rheinische-Schuckert-Union. Die im Besitze der Familie noch befindlichen Aktienpakete der Elektromotorengruppe sind zum größten Teil als Sicherheit bei den Banken in Depot gegeben und werden von dort auch nicht mehr zurückkehren, so daß die Stinnesfamilie hier hinfort als maßgebender Faktor ausscheidet. Der Elektromotorkonzern war deshalb bei der ganzen Aktion nicht direkt beteiligt.

Die Schwierigkeiten lagen im Privatkonzern. Was ist hier an Industrien und Unternehmungen vereinigt? Von den Kohlen- und Eisenwerken angefangen bis zu den Rittergütern, Zeitungen, Hotels, Filmbetrieben, alles nur mögliche und denkbare. Von drei Knotenpunkten ging die Leitung aus: Mülheim-Kruh, Hamburg und Berlin. Der älteste Stinnessohn, Dr. Edmund Stinnes, stand der Berliner Abteilung der Firma Hugo Stinnes vor. Er, der etwas wissenschaftliche Bildung genossen und auch in sonstigen Dingen anders geartet war, mußte das Feld räumen zugunsten des zweiten Sohnes Hugo Stinnes, der nicht nur das Wesen, sondern auch die Rücksichtslosigkeit mit dem Vater gemein hat. Vor ihm soll nun auch der Privatkonzern, im Bunde mit seiner Mutter, Frau Clara Hugo Stinnes, zusammengefaßt und geleitet werden. Edmund Stinnes schied aus der Firma aus. Neben einer Darabfindung sollen ihm die Automobilinteressen (Vogel, Vinos, Büding) und die Versicherungsgesellschaften (Nordsternmarke) überlassen werden. Inwiefern die Banken allerdings diese Unternehmungen frei geben, steht noch dahin.

Das Bankenkonsortium, welches die Stützung des Stinneskonzerns vorzunehmen unternahm, stellt die größte Kapitalmacht vor, die je zu einer gemeinsamen Aktion zusammentrat. Außer

den Berliner Großbanken sind wichtige Privatinstanzen von Welt, wie Loh, Köln (Louis Dagen), Warburg, Hamburg, Bleichröder und Mendelssohn, Berlin, und andere mit bei der Partie. Außerdem hat die Reichsbank ihre Unterstützung zugesagt. Man will dem Stinneskonzern mit einem Darlehen in ziemlich hoher Höhe unter die Arme greifen, ferner sollen die bereits laufenden Kredite verlängert werden. Wenn dies aber geschieht, dann soll der wild wuchernde Baum des Konzerns erheblich beschnitten werden. Ferner traten vertrauenswürdige Persönlichkeiten in die Konzernleitung ein. Hier kommen in Frage: Albert Böger (Rheinische-Union), Paul Silberberg (Rheinische Braunkohle und Harpen) und Wiltsoeff (Hamburger Needer). Diese gelten zugleich als die Vertrauensleute der Banken.

Die wichtigsten Teile des Privatkonzerns sind folgende: Kohlen- und Eisenwerke im Ruhrgebiet; Braunkohlen-, Petroleum- und Holzwerke (Riebeck-Montan); Papier und Zellulose (Möhlitz, A.-G.); Zeitungen und Druckereien usw.; Schiffahrt, Reedereien, Ein- und Ausfuhrgeellschaften, Hamburg; die Auslandsvertretungen, die fast in allen Weltstädten in Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung bestehen. Die Unternehmungen stellen riesige Schwere dar, so daß sie erhebliche Reserven in sich bergen und nicht die Gefahr besteht, daß die Stinnes Bankrott anmelden mußten, wenn sie eine sofortige Reorganisation in Angriff nehmen.

Wenn dies aber geschehen soll, dann müssen alle überflüssigen Glieder abgestoßen werden. Was hat ein Konzern von der Zweckbestimmung von dem eines Stinnes mit Hotels, Rittergütern, Filmbetrieben, Zeitungen, Korrespondenzbüros oder Druckereien und Verlagsgesellschaften zu tun? Wozu braucht er eine Filmbetriebsgesellschaft? Wohl sind die Presse oder eine Filmgesellschaft gewaltige Mittel, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Aber einen derartigen Luxus kann sich natürlich keine Firma erlauben, für welche der gesamte Kredit mobil gemacht wurde. Es wird interessant zu beobachten sein, welche Teile dieses Warenhauses für Sachwerte abgestoßen werden. Aber die Not der Zeit und die zukünftige große Krise wird hier schon genügend aufräumen. Auch zwingt die Nationalisierung der Produktion, den Prozeß zu vereinfachen. Unklar ist aber auch zurzeit noch, was aus den Bankbeteiligungen wird, die Stinnes in seinen Besitz zu bringen verstand. In Betracht kommen hier die Berliner Handelsgesellschaft und der Harner Bankverein. Selbst diese direkten Finanzquellen vermochten die Krise nicht aufzuhalten.

Eine volkswirtschaftliche Frage wird mit dem Eingreifen der Banken aufgerollt: Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen Banken und Industrie sich gestalten? Die überragende Bedeutung des Finanzkapitals im Wirtschaftsleben der Vorkriegszeit war durch den Krieg und die Inflation ins Gegenteil verandelt. Die Industriellen waren die Herren der Lage. Es scheint fast, als sollte mit diesem Schritt der Stinneskonzern auch das alte Herrschaftsverhältnis der Banken wieder hergestellt werden.

Die Wirtschaftskrise hat einen Höhen der deutschen Kapitalistenwelt vom hohen Sockel wirtschaftlicher Uebermacht herabgeholt. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben diese Entwicklung nicht zu beklagen. Das Kräfteverhältnis der Nation war durch Krieg und Inflation sehr nach der Seite des Großkapitals verschoben worden. Wenn die Krise hier wieder einen kleinen Ausgleich bringt, ist dies zu begrüßen. Die Stinnes scheiden als Industriefürsprecher wahrscheinlich für die Zukunft aus. Doch noch immer ist die Macht des konzentrierten Großkapitals groß genug. Es bedarf energischer Anstrengung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft, die Uebermacht des Großkapitals noch mehr auszugleichen. Hier können nur starke, kapitalträftige und innerlich geschlossene Gewerkschaftsverbände helfen. Diese zu schaffen, sollte als Lehre aus dem Fall des Stinneskonzerns gezogen werden.

Die Konjunktur im Juni. — Krisenzeichen.

Nicht so hoffnungsvoll ist für den Wirtschaftsoberbachelor die Aussicht in den nächsten Monaten. Nimmt man die bisherige Lage in ihrer Gesamtheit, dann konnte man mit Rücksicht auf die internationale Krise nicht von der schlechtesten Konjunktursprechung. Es wirkten mehrere Faktoren zusammen, um das verhältnismäßig günstige Bild hervorzubringen. Vor allem waren es die Kredite des Auslandes, die die Einfuhr von Rohprodukten ermöglichten. Diese konnten in den Fabriken verarbeitet werden. Zum zweiten war es die Kapitalzusammenschneidung bei der Goldbilanzierung, die den Werten gewisse Betriebsmittel zur Aufbahrung der Produktion in die Hand gaben. Hinzu kam ferner die verhältnismäßig gute Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes. Alle Unternehmungen berichten fast, daß der Inlandsmarkt die hauptsächlichsten Geschäfte bringe. Dies hängt mit dem kolossalen Warenhunger zusammen, wie dies eine jahrelange Enthaltung mit sich brachte. Unter diesen Umständen ging die Arbeitslosenziffer in diesem Jahr ganz wesentlich zurück. Sie betrug am:

1. Januar	535 529
1. Februar	592 479
1. März	540 460
1. April	466 513
1. Mai	321 000
15. Mai	274 000

Die Arbeitslosenziffer hätte nach der Statistik der Reichsarbeitsverwaltung um rund 50 Proz. abgenommen. Doch muß hierbei beachtet werden, daß hier nur die Unterstützungsempfänger aufgeführt sind, die Arbeitslosigkeit in Wirklichkeit noch etwas höher ist. Immerhin läßt es sich nicht von der Hand weisen, daß eine wesentliche Besserung eingetreten ist.

Doch liegen auch jetzt noch einige Gewerbe ausgeprochen schlecht. So vor allem der Bergbau. Es scheint fast, als ob sich hier eine vollständige Umwälzung anbahnt. Entweder es gelingt dem Bergbau, die Nebenproduktengewinnung noch stärker auszubauen oder es kommen noch weitere Gruben zum Erliegen. Da die Geschäftslage in allen Kohlenländern schlecht ist, wird über kurz oder lang die gegenwärtige Unterbahrung auf dem Weltmarkt von selbst aufhören und eine internationale Verflechtung an Stelle der milden Konkurrenz treten. Gut beschäftigt ist nach wie vor der Kalkbergbau. Ueber eine leidlich gute Konjunktur berichten folgende Industrien und Gewerbe: Zweig: Stickstoffindustrie, Aluminiumherzeugung, Elektroindustrie, Papierfabrikation, das graphische Gewerbe und die Automobilindustrie. Die übrigen Werke liegen schwach, darunter welche sehr schlecht.

Die Eisenindustrie, soweit sie der Erzeugergruppe zugehört, wird, will anscheinend mehrere Wochen mit einer Pause schlagen. Die Rohstoffindustrie hat für den Monat Juni die Einkaufsumme auf 20 Proz. festgesetzt, gegenüber 15 Proz. wie bisher. Mit dieser Drosselung der Produktion geht ein Angriff auf die Arbeiter einher. Die Unternehmer der Schwerindustrie haben den Arbeiterverbänden eine zehnprozentige Lohnherabsetzung angekündigt. Der Metallarbeiterlohn steht auf 66 Pf. pro Stunde, ein gewiß nicht hoher Lohn. Bei einer Ermäßigung um 10 Proz. würden die dortigen Arbeiter in der Entlohnung fast am niedrigen stehen. Zu gleicher Zeit führten die Unternehmer der Schwerindustrie einen Kampf gegen die Bauarbeiterlöhne, die wesentlich höher standen und den Scharmachern der Hüttenindustrie ein Dorn im Auge waren. Sie haben, um einen Druck auf die Bauunternehmer auszuüben, sämtliche Bauten stillgelegt. Mitbin stellt sich die Lage so: Organisierte Einschränkung der Produktion durch das Schlicht, damit Vermehrung der Arbeitslosenziffern, die wiederum einen Druck auf die Metallarbeiterverbände ausüben soll, dem Verlangen auf Herabsetzung der Löhne nachzugeben. Des ferneren beschäftigt man durch die Drosselung der Produktion die Hochhaltung der Eisenpreise. Eine nette Gesellschaft, diese westlichen Scharfmacher!

Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die Konjunktur umzuwageln beginnt. Da muß man mit Recht fragen: Wie vermag die Arbeiterchaft eine solche Krise zu überwinden? Hat sie durch Erhöhung der Löhne genügend vorgesorgt, um durchhalten oder eventuelle Abzüge ausstehen zu können? Hat sie ihre gewerkschaftsmacht soweit ausgebaut, daß sie den konzentrierten Angriffen zu widerstehen vermag? Ist sie als Konsument gerüstet, eine organisierte Macht in die Marktschale zu werfen? Die hier aufgeworfenen Fragen werden wohl alle verneint werden müssen. Es wird also höchste Zeit, soweit es noch nicht zu spät ist, hier das Versäumte nachzuholen. Waschen wir uns endlich frei von jenen beklemmenden Zuständen, den Ereignissen machtlos gegenüber zu stehen!

Woher die hohen Geschäftskosten?

Natürlich haben, wie man in jedem Geschäftsbericht lesen und vor jedem Personalrat hören kann, die Arbeiter und Angestellten schuld, weiter der Aufkumbentag und die „hohen“ Löhne. Damit ist die Unternehmerweisheit erschöpft. Ein geradezu klassisches Dokument für diesen Unfug ist eine Eingabe, die die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“, die Eigenorganisation der deutschen Arbeitgeberchaft, an den Reichskanzler gerichtet hat. Sie kommt zu dem Schluß: „So wie es jetzt geht, geht es nicht länger.“ Dann empfiehlt sie als Allheilmittel längere Arbeitszeit. Sonst wissen die Herren Arbeitgeber nichts. Sonst ist alles bei ihnen in Butter.

Der Herr Reichskanzler täte Hug, sich mal eine Rede anzuhören, die vor einigen Tagen von einem Aktionär auf der Generalversammlung der Bank für Landwirtschaft gehalten worden ist. Dieser Bank geht es nicht besonders. Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank führen dafür als Ursachen ungefähre den gleichen Unfug an, der in der neuen Eingabe der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ steht. Vorstand und Verwaltungsrat erleben aber eine große Ueberraschung. Es erhob sich nämlich der bekannte Geheimrechner Rat von Bernau, der, was wir besonders bemerken wollen, nicht in dem Ruf steht, etwas zugunsten der Arbeiter und Angestellten zu sagen, wenn das nicht zutrifft. Herr Bernau führte die schlechte Lage der Bank auf die hohen Unkosten zurück. Dann zeigte er aber der Versammlung, wie die hohen Unkosten heute entstehen. Nach Bernaus Ausführungen hat die nicht allzu große Bank für Landwirtschaft nicht mehr als fünf Direktoren, von zwei allein für — „tote“ Kasseninteressen tätig sind, und — 37 Aufsichtsratsmitglieder. Das bedeutet, daß die Herren Aufsichtsratsmitglieder pro Kopf 150 000 Mk. Gesellschaftsvermögen zu verwalten haben. Das ist eine kolossale Summe und eine furchtbar schwere Arbeit. Solche Zustände machen aber die hohen Unkosten völlig begreiflich.

Nun sind die Macher in der Bank für Landwirtschaft alle fromm deutsch-national. Wir wollen nur ein wenig ironisch sein und diese Herren baron erinnern, daß sie in ihrem Wahlprogramm auch die Forderung nach Vereinigung und Moralisierung unseres öffentlichen und Geschäftslebens stehen haben. Wie dies gemacht wird, zeigen — die fünf Direktoren und 37 Verwaltungsratsmitglieder, die nichts anderes als fette Fräulein für Nichtstuer sind.

Herr Bernau zog aus seinen Ausführungen auch die nötigen Schlußfolgerungen und empfahl dem Vorstand der Bank, mal bei den Direktoren und Verwaltungsratsmitgliedern recht tüchtig mit dem Abban zu beginnen. Da es sich in unserem Falle gerade um eine Bank handelt, wollen wir mal an Hand der letzten

Deutschland mit den Agrarzöllen in der Welt voran.

Zu den Krautmenten der Schutzollfreunde gehört die Behauptung, Deutschland könne sich den geplanten Agrarzöllen schon deshalb bedenklos leisten, weil die anderen Länder ähnlich hohe, wenn nicht noch höhere Zölle haben. Da es bisher an einem zuverlässigen Ueberblick über die internationalen Getreidezölle mangelte, war es etwas schwierig, dieser Behauptung durch einen wirkungsvollen Gegenbeweis entgegenzutreten zu können. Das hat sich jetzt geändert. In Nr. 255 des „Berliner Tageblatt“ (Handelsbeilage) vom 31. Mai 1925 wird ein Aufschuß veröffentlicht, der nachweisen soll, wie es mit der zollmäßigen Verteuerung des Brotes in den wichtigsten Konsumländern bestellt ist. In dem Aufschuß wird folgende Berechnung aufgemacht:

Getreideverteuerung durch Einfuhrzölle.

(Zollhöhe umgerechnet auf Dollar für 100 kg; Zollbelastung in Prozenten der jetzigen Durchschnittspreise amerikanischen Getreides.)

	Zollhöhe			Zollbelastung		
	Weizen	Roggen	Hafer	Weizen	Roggen	Hafer
Deutschland (bis August 1926)	0,88	0,71	0,71	18,05	18,86	18,39
(ab August 1926)	1,31	1,19	1,19	20,59	22,24	22,57
Frankreich	1,45	0,87	0,77	22,79	17,00	18,00
Schweden	0,99	0,99	frei	15,57	19,33	—
Belgien	0,72	0,31	0,31	11,32	6,05	8,05
Schweiz	0,38	0,38	0,30	5,25	5,25	4,25
England	0,12	0,12	0,12	1,38	2,34	3,11
U. S. A.	frei	frei	frei	—	—	—
U. S. A. (1924)	1,54	0,66	0,66	24,21	10,33	28,68

Diese Berechnung läßt auf den ersten Blick erkennen, daß die Schutzollfreunde mit der einseitigen Erwähnung der Agrarzölle im Irrtum sind. Werden die geplanten Schutzollsätze festgelegt, spielt Deutschland die führende Rolle in bezug auf die Agrarzölle. Die Verteuerung des Brotes wird in der Ueberzugszeit bis zum 1. August 1926 durchschnittlich 13 Proz. und von diesem Zeitpunkt an unter der Voraussetzung ungefähre gleichbleibender Getreidepreise mindestens 22 Proz. anwachsen. Nur Italien und Amerika kommen bei Weizen um ein Verschwindendes höher.

Außer dieser Berechnung wird in dem Aufschuß des „Berliner Tageblatt“ noch gezeigt, wie das Verhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch in den einzelnen Ländern aussieht. Das wird für notwendig gehalten, weil sich der Artikelverfasser sagt,

die Wirkung eines Getreideeinfuhrzölles auf die Volkswirtschaft hängt wesentlich davon ab, in welchem Umfange die Verteuerung des gesamten Getreidekonsums durch eine Steigerung der inländischen Produktion ausgeglichen werden kann. „Wenn diese“, so heißt es wörtlich weiter, „auch im großen und ganzen ein technisches, in jedem Lande verschiedenes Problem ist, so läßt sich doch im allgemeinen konstatieren, ob das Risiko an Inlandgetreide groß genug ist, um die beachtliche Verteuerung des gesamten Konsums vom allgem. wirtschaftlichen Standpunkt aus lohnend erscheinen zu lassen.“

Eigenproduktion und Einfuhrbedarf.

	Produktion des J. hr 3			Einfuhrbedarfs in Proz.		
	Weizen	Roggen	Hafer	Weizen	Roggen	Hafer
Deutschland	11,7	27,5	42,3	64,8	9,8	0,8
Italien	21,4	0,7	3,3	45,2	—	18,4
Schweden	0,9	1,4	7,1	128,0	25,8	30,3
Frankreich	36,3	4,6	29,5	28,5	5,7	0,6
Schweiz	1,6	2,8	4,0	316,3	4,1	14,6
Schweiz	9,8	0,2	0,8	367,0	—	374,1
England	6,6	—	20,2	444,5	—	17,6
U. S. A.	109,1	7,4	164,2	27,5	56,2	0,2

ausführlicher. In dieser Uebersicht hat der Verfasser gezeigt, daß bei Deutschland das Risiko an Inlandgetreide, abgesehen von dem nicht ausschlaggebenden Weizen, verhältnismäßig gering ist. Unsere Produktion reicht bis auf 0,3 Proz. zur Deckung unseres eigenen Bedarfs aus. Trotzdem hat man für dieses Produkt einen vorläufigen Zoll von 18 Proz. und einen endgültigen von 31 Proz. des gegenwärtigen Preises, also den höchsten in der Welt stehenden zollmäßigen, vorgezogen. Der Roggen, von dem nur 19 Proz. unserer Produktionsmenge an dem Bedarf fehlen, wird zunächst mit 14 Proz., später mit 23 Proz. verteuert. So etwas ist in keinem anderen Lande zu verzeichnen. Frankreich, das zum Beispiel noch 25,3 Proz. der von ihm erzeugten Roggenmenge einführen muß, weist nur eine Zollbelastung von 6 Proz. auf. Die Schweiz, die 374,1 Proz. der im Lande erzeugten Hafermenge vom Auslande kaufen muß, kennt nur eine Zollbelastung von 3,11 Proz.

Bei einer solchen Sachlage kann man kein deutscher Landwirt einreden, daß für seine Zollwünsche nur schädliche, durch den Stand seines Unternehmens beeinflusste Erwägungen maßgebend sind. Er will die Zölle, wir brechen es offen aus, weil ihm der Profit bei den jetzigen Getreidepreisen nicht hoch genug ist. Das erkennen wir und lehnen deshalb den Schutzollentwurf ab.

Table with 4 columns: Bank Name, 1913, 1914, 1924. Rows include Mitteldeutsche Kreditbank, Dresdner Bank, etc.

Gegen Wirtschaftsreaktion und Unternehmer-Deutschrift.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes... Die Reichsregierung... Wirtschaftskrisis...

Die direkten Soziallasten sind, gemessen an der allgemeinen Weltentwicklung, nicht über die Belastung in der Vorkriegszeit hinausgewachsen.

Die Behauptung, daß Produktion und Güterumsatz heute nur 70 Proz. des Vorkriegsstandes betragen, während die Kosten der einzelnen Arbeitskraft 60 bis 100 Proz. über dem Vorkriegsstand liegen, ist unsinnig und beweislos.

Die Arbeitgeber sind, wie die Deutschrift und die überall im Reich beobachteten Maßnahmen beweisen, zum Generalangriff auf die Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter gewillt.

Der Bundesausschuss erwartet, daß die Reichsregierung dem von der Vereinigung der Deutschen Arbeitervereine an sie gerichteten Appell durch Einwirkung auf die Schlichter und durch Verhinderung von Lohnherabsetzungen an Arbeiter und Beamte...

Sechs Monate Arbeit für trockenes Brot.

Die Regierung trägt sich bekanntlich mit dem Plan, unerhöht hohe Mehlpöste einzuführen. Wir zeigen nun in nachfolgendem Artikel, wie sich der Mehlpoll auf die Lebenshaltung der Bevölkerung auswirken muß.

Ein Durchschnittsarbeiter mit Frau und 3 Kindern, wie er statistisch gewöhnlich den Berechnungen zugrunde gelegt wird, und der wöchentlich etwa 2,20 Mk. für den Poll auf das Brot ausgeben müßte...

Entwaffnungsnote und Wirtschaft.

Wirtschaftlich gesehen ist die von der Entente der deutschen Regierung übergebene Entwaffnungsnote nichts anderes als ein Zwischenstück im Kampf um die Neuordnung des internationalen Warenmarktes...

Die Beendigung des Großkampfes in Dänemark.

Der NSB erhielt folgendes Telegramm der dänischen Gewerkschaftszentrale: Kopenhagen, 7. Juni 1925. Nach 12 Wochen ist der Kampf beendet mit einem Siege der Arbeiter.

regulierung nach dem Preisindex, welches einer allgemeinen Lohnherabsetzung um 3 Proz. gleichkam, und weiter Berücksichtigung einiger besonders niedrig entlohneter Gruppen von ungelernten Arbeitern.

Während des ganzen Kampfes ist fast ununterbrochen verhandelt worden, entweder direkt zwischen den beiderseitigen Hauptorganisationen oder durch Vermittlung der staatlichen Schlichtungsbeamten.

Wenn der Kampf mit solchem guten Erfolge beendet werden konnte, ist dies in erster Linie auf den Opfermut und die Kampfkraft der dänischen Arbeiter zurückzuführen.

Die Genossenschaften als Preisregulatoren.

In England herrscht auch als Folge durch den Versailler Vertrag von Deutschland erzwungener Reparationslieferungen starke Arbeitslosigkeit, Not und Teuerung.

Die erste bedeutende Tatsache, die die Kommission feststellt, ist, daß, wenn die Konsumvereine nicht wären, das Publikum noch mehr für Nahrungsmittel zahlen müßte, als ihm jetzt schon abverlangt wird.

Gewerkschaftliches.

Buchdrucker. Auf einer Bauvorsteherkonferenz der Buchdrucker behandelte Genosse Hermann Meyer, Direktor der Bank der Arbeiter, Angelegten und Beamten, einen Vertrag über „Arbeiterbanken“.

Textilarbeiter. An den Pfingsttagen veranstaltete der Textilarbeiterverband einen Jugendtag für seine Jugendgruppen in Dresden.

Lebendarbeiter. Der Deutsche Lebedarbeiterverband hatte ausweislich seines Jahresberichtes 1924 im Jahre 1923 in 834 Betrieben mit 46.787 Beschäftigten insgesamt 1497 Betriebsräte.

Die Wahlen für den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes. Die Arbeitergruppe hat am 4. Juni ihre Mitglieder für die nächste jährliche Sitzungsperiode des neu zu konstituierenden Verwaltungsrates nominiert.

herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten
Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Menninger.
Charlottenburg I, Brabstr. 2-5. — Verlag: Wilh. Herben,
Charlottenburg I, Brabstr. 2-5.
Druck: H. Gönitzkowsky, Berlin S.W. Füllbeuthener 28/29.